

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt!

Dienstag, 31. Mai 1988

Blatt 1057

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Neustrukturierung der Wiener Holding (1059/FS: 30.5.)
- Ehrenzeichen für bekannte Mediziner (1061)
- Rechnungsabschluß 1987: Abgang um 3,3 Milliarden verringert (1062-1064)
- Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke: 68,5 Millionen Abgang (1065-1067)
- 15 24 — neue Info-Nummer für Staatsbürgerschaftsnachweis (1068)
- Wiener ÖVP begrüßt beabsichtigte Privatisierung der Holding (1069)
- Donauinsel wurde gereinigt (1070)
- 100 Tage Wiener Umweltstadtrat Dr. Häupl (1071)
- Kinderfreibäder haben wieder offen (1070)
- Berufsschüler sammeln für den Stephansdom (nur FS)
- Umleitung wegen Maurer Kirtag (nur FS)
- Mittwoch erstmals Einbürgerungsfeier im Rathaus (nur FS)

Kultur:

- Ausstellung Max Weiler im Oberen Belvedere (1058/FS: 30.5.)
- Bühler-Symposion in Wien (1060)

Ausstellung Max Weiler im Oberen Belvedere

Wien, 30.5. (RK-KULTUR) In der Österreichischen Galerie im Oberen Belvedere — und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, im Kunstraum im Messepalast — ist ab 31. Mai die Ausstellung „Kunst ist Natur. Neue Arbeiten auf Papier 1980-1988“ mit Werken von Max Weiler zu sehen. Die Ausstellung läuft bis 3. Juli. (Schluß) gab/bs

Bereits am 30. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Neustrukturierung der Wiener Holding

Wien, 30.5. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Vizebürgermeister Hans MAYR erhielt Montag nachmittag vom Wiener Ausschuß der SPÖ das Mandat zu Verhandlungen über eine Neustrukturierung der Wiener Holding. Damit soll, wie Bürgermeister Dr. Helmut ZILK in einer anschließenden Pressekonferenz betonte, ein Signal in Richtung einer wirtschafts- und industriepolitischen Offensive gesetzt werden. Wie Mayr bekanntgab, ist beabsichtigt, daß die Stadt Wien in Zukunft 40 Prozent und die Zentralsparkasse zirka 20 Prozent der Anteile halten soll, bezüglich der übrigen 40 Prozent werden nun Gespräche mit verschiedenen Interessenten, vor allem aus dem Bankensektor, aufgenommen.

Mayr betonte, daß bei dieser beabsichtigten Eigentümerstruktur 60 Prozent im Einflußbereich der Stadt blieben. Die Kontrolle durch Kontrollamt und Rechnungshof soll gewahrt bleiben, wobei je nach Aufgabe der einzelnen Unternehmungen unterschiedliche Formen möglich wären. In angemessener Frist — Mayr nannte ein bis eineinhalb Jahre — könnte die Holding in eine AG umgewandelt werden und mit neuen Aktien auf den Kapitalmarkt gehen.

Als wesentliche Gründe für diese beabsichtigte Neustrukturierung der Holding nannte Mayr die Beseitigung von derzeit bestehenden wirtschaftlichen Beschränkungen der einzelnen Betriebe (z. B. Einschränkung auf Wiener Gebiet) sowie die Absicht, die notwendigen finanziellen Mittel für eine stärkere Offensive nicht aus dem Steuertopf aufzubringen. Mayr bezifferte die voraussichtliche Einnahme der Stadt aus der beabsichtigten Änderung der Eigentümerstruktur der Holding auf mindestens 700 Millionen Schilling. Als Termin für den Abschluß der nun beginnenden Verhandlungen nannte Mayr den Herbst dieses Jahres. (Schluß) ger/gg

Bereits am 30. Mai 1988
über Fernschreiber ausgesendet

Bühler-Symposion in Wien

Wien, 31.5. (RK-KULTUR) Im Festsaal des Stadtschulrates für Wien fand in der Vorwoche über Initiative des Pädagogischen Institutes der Stadt Wien und der „Zeitschrift für Sozialpsychologie und Gruppendynamik“ ein Symposion zur Würdigung von Karl und Charlotte Bühler unter dem Titel „50 Jahre Vertreibung der Bühlers und die Folgen“ statt.

Karl Bühler hat 1922 das Psychologische Institut der Stadt Wien gegründet und gilt noch heute als bedeutendster Sprachpsychologe. 1938 wurden er und seine Familie vom NS-Regime vertrieben und nach 1945 nicht mehr nach Österreich zurückgeholt. Charlotte Bühler ist die Begründerin der humanistischen Psychologie.

In seiner Begrüßungsrede wies der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER, darauf hin, daß das Symposion in jenem Hause stattfindet, wo Karl Bühler das pädagogisch-psychologische Laboratorium begründet hatte. (Schluß) wstr/bs

Ehrenzeichen für bekannte Mediziner

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER überreichte Montag nachmittag im Wiener Rathaus das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien an den Vorstand des Zentralröntgeninstituts des Kaiser-Franz-Josef-Spitals, Univ.-Prof. Primarius Dr. Konrad BREZINA, und an den Vorstand der I. Medizinischen Abteilung des Pflegeheims Lainz, Primarius Dr. Ernst SIEBERTH, sowie das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an den Vorstand der II. Internen Abteilung des Wilhelminenspitals, Univ.-Prof. Primarius Dr. Friedrich KUMMER.

Stadtrat Stacher nahm in seiner Laudatio zur Diskussion um die Technik in der Medizin Stellung. Die enorme Entwicklung der Medizintechnik in den vergangenen Jahren habe große Fortschritte in der Diagnose und in der Therapie gebracht. Ebenso notwendig sei aber die persönliche Zuwendung des Mediziners zum Patienten. Der humanitäre Aspekt dürfe jedenfalls im Krankenhaus nie vernachlässigt werden.

Prof. Brezina hat mehr als 70 wissenschaftliche Publikationen verfaßt, die sich über viele Gebiete der Radiologie, wie zum Beispiel Röntgendiagnostik und Strahlenschutz, Neuroradiologie, Mammadiagnostik und urologische Röntgendiagnostik erstrecken. Er war wesentlich an der Planung zur Erweiterung und Neugestaltung des Zentralröntgeninstitutes des Kaiser-Franz-Josef-Spitals beteiligt und hat entscheidend dazu beigetragen, daß diese Abteilung zu einer der modernsten in Wien wurde.

Mit großem persönlichen Einsatz hat Primarius Sieberth die I. Medizinische Abteilung des Pflegeheims Lainz aufgebaut. So wurden das Labor erweitert, die physikalische Therapie verbessert sowie ein Logopädieraum und eine psychologische Beratungsstelle eingerichtet. Schließlich wurde an dieser Abteilung 1981 auch die Außenstelle für geriatrische Onkologie des Ludwig-Boltzmann-Instituts für klinische Onkologie des Krankenhauses Lainz installiert.

Prof. Kummer ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Vereinigungen, hielt Vorträge bei vielen Kongressen im In- und Ausland und publizierte mehr als 100 wissenschaftliche Arbeiten. Er leitet im Wilhelminenspital eine allgemeininterne Abteilung mit besonderer Berücksichtigung der Lungenerkrankungen.

An der Ehrung nahm auch Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS teil. (Schluß)
sc/gg

Rechnungsabschluß 1987: Abgang um 3,3 Milliarden verringert

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Der Rechnungsabschluß 1987 der Bundeshauptstadt Wien schließt mit Einnahmen von 79,9 Milliarden und mit Ausgaben von 83,5 Milliarden, der Abgang beträgt 3,6 Milliarden. Gegenüber dem Voranschlag 1987 lagen die Einnahmen um 3,4 Prozent höher als geplant, bei den Ausgaben blieb man mit 0,8 Prozent unter den Budgetannahmen. Beim Abgang konnte eine Verbesserung um 3,3 Milliarden Schilling erzielt werden. Dies gab Vizebürgermeisters Hans MAYR am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters bekannt.

Für den Rechnungsabschluß 1987 ist kennzeichnend:

- Es wurde um 0,7 Milliarden weniger ausgegeben als vorgesehen;
- der Abgang fiel mit 3,6 Milliarden wesentlich geringer aus — minus 3,3 Milliarden;
- ebenso verringerte sich der Schuldenstand der Stadt Wien um 0,7 Milliarden — mit 40,0 Milliarden liegt der Wiener Schuldenstand heute auf dem Niveau von 1982;
- die Rücklagen erhöhten sich um 0,8 Milliarden auf 7,4 Milliarden — allerdings sind weit mehr als die Hälfte dieser Rücklagen bundesgesetzlich geregelte, zweckgebundene Gelder.

In Summe zeigt der Rechnungsabschluß 1987 das Bild geordneter städtischer Finanzen und eines sparsamen Umgangs mit dem Steuergeld.

Die Entwicklung des Schuldenstandes

Die Verschuldung der Stadt Wien blieb in den letzten fünf Jahren von 1983 bis 1987 recht stabil. Innerhalb der drei großen Positionen des Wiener Schuldenstandes — Wiener Stadtwerke, Hoheitsverwaltung, Wohnbau sowie Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds — sinken die Verbindlichkeiten der Wiener Stadtwerke (nicht zuletzt wegen der Ende der 70er Jahre beschlossenen Entschuldung der Wiener Stadtwerke), die Schulden der Hoheitsverwaltung und des Wohnbaues sowie Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds steigen.

So betrug der Schuldenstand der Hoheitsverwaltung Ende 1983 14,3 Milliarden, Ende 1987 waren es 15,0 Milliarden. Die Schulden für Wohnbau sowie Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds erhöhten sich innerhalb der letzten fünf Jahre von 10,2 Milliarden auf 13,5 Milliarden — allerdings wird die Tilgung und Verzinsung dieser Schulden aus Mieten und Gebühren finanziert, dafür müssen keine allgemeinen Budgetmittel aufgewendet werden. Im einzelnen zeigt der Wiener Schuldenstand von 1983 bis 1987 folgende Entwicklung:

Schuldenstand in Milliarden S

	1983	1984	1985	1986	1987
Wiener Stadtwerke	15,5	14,8	14,7	13,6	11,2
Hoheitsverwaltung	14,3	14,5	12,3	14,1	15,0
Wohnbau, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	10,2	11,3	11,4	12,7	13,5
Summe	40,0	40,6	38,4	40,4	39,7
Andere Gebietskörperschaften	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1
Sonstige Rechtsträger	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Summe	40,3	40,9	38,7	40,7	40,0

Die Entwicklung der Rücklagen

Die Rücklagen der Stadt Wien erhöhten sich — wie bereits erwähnt — im Jahr 1987 um 0,8 Milliarden auf 7,4 Milliarden. Es kam zu Zu-

führungen in der Höhe von 1,4 Milliarden und zu Entnahmen in der Höhe von 0,6 Milliarden. Die wesentlichsten Zuführungen ergaben sich bei der Sonderrücklage Wohnhaussanierung mit 408 Millionen Schilling, bei der Sonderrücklage Wohnbauförderung mit 549 Millionen Schilling, beim Tilgungsaufwand für endfällige Anleihen mit 200 Millionen Schilling und bei der Sonderrücklage für den U-Bahn-Bau mit 196 Millionen.

Die wesentlichsten Entnahmen betrafen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen mit 354 Millionen Schilling und die Sonderrücklage Städtische Wohnhäuser mit 195 Millionen Schilling.

Ende 1987 gab es folgende, über 100 Millionen betragende Rücklagen der Stadt Wien: Wohnbauförderung 2.160 Millionen, Wohnungssanierung 1.836 Millionen, Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds 100 Millionen, Neubau AKH 275 Millionen, U-Bahn-Bau 895 Millionen, Parkometerabgabe 228 Millionen, Städtische Wohnhäuser 357 Millionen, Donau- und U-Bahnstufen 415 Millionen und endfällige Anleihen 1.000 Millionen.

Die Entwicklung der Einnahmen

Die Einnahmen entwickelten sich 1987 günstiger als im Voranschlag ausgewiesen — dank einer vorsichtigen Voranschlagspolitik und dank einer relativ guten Wirtschaftsentwicklung. Wie das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in seinem Monatsbericht 5/88 ausführte, haben eine lebhaftere Baukonjunktur und Erfolge im Städtetourismus für die Wiener Wirtschaft ein im österreichischen Durchschnitt liegendes Ergebnis gebracht — die Bruttowertschöpfung nahm in Wien im Jahr 1987 um 3,8 Prozent zu, der österreichische Durchschnitt lag bei 3,7 Prozent. Das Burgenland, Vorarlberg, Tirol und Salzburg schnitten besser als Wien ab, die Bundesländer Oberösterreich, Kärnten, Steiermark und Niederösterreich lagen hinter Wien.

Die Entwicklung der Ausgaben

Im Jahr 1987 wurde bewiesen, daß die im Voranschlag enthaltenen Ausgaben wirklich Obergrenzen sind — im Laufe des Jahres wurde mit Ausgaben von 83,5 Milliarden Schilling der Budgetrahmen um 0,7 Milliarden Schilling unterschritten. Das ist ein guter Beleg dafür, daß der Budgetvollzug in Wien von Sparsamkeit gekennzeichnet ist.

Bei den Investitionen wurden in Bereichen wie U-Bahn-Bau, Neubau AKH oder Wohnbau die vorgesehenen Ausgaben zum Teil erheblich unterschritten — in Summe wurden 1987 11,6 Milliarden Schilling investiert, um 0,8 Milliarden mehr als im Jahr 1986, jedoch um 1,5 Milliarden weniger als im Voranschlag 1987 vorgesehen.

Es wurde somit mehr investiert als 1986, jedoch nicht soviel, wie im Budget vorgesehen. Die Minderausgaben gegenüber dem Budget haben vielfältige Gründe, finanzielle Erwägungen spielten dabei keine Rolle. So kann festgehalten werden:

- daß beim U-Bahn-Bau das ursprüngliche Projekt der Verlängerung der U 6 nach Siebenhirten beim Bund in dieser Form auf Ablehnung stieß — durch Umplanungen kam es zu einer Verschiebung, im Jahr 1987 konnten vorgesehene rund 500 Millionen Schilling nicht ausgegeben werden;
- daß es beim AKH durch nicht rechtzeitig vorgelegte Rechnungen zu Zahlungsverzögerungen in das Jahr 1988 kam; außerdem sind echte Einsparungen erzielt worden;
- daß es beim Wohnhausbau durch Übertragung von ursprünglich als Gemeindebauten vorgesehenen Projekten an Genossenschaften zu beträchtlichen Minderausgaben kam — außerdem spielte der extreme Winter 1986/87 beim Wohnbau eine gewisse Rolle.

Forts. von Blatt 1062

Forts. auf Blatt 1064

Trotz dieser gegenüber dem Budget gegebenen Minderausgaben gab es im Jahr 1987 in Wien eine ausgezeichnete Baukonjunktur. Dies wird durch das WIFO in seinem Bericht über die Wirtschaft der Bundesländer im Jahr 1987 bestätigt. In dem in den Monatsberichten 5/88 veröffentlichten Bericht heißt es wörtlich: „Wien, Oberösterreich und Vorarlberg expandierten überdurchschnittlich, die Stagnation in Niederösterreich ergibt sich aus der Konzentration des Tiefbaugeschehens auf Wien.“ (Forts. mgl.) sei/gal

Forts. von Blatt 1063

Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke: 68,5 Millionen Abgang

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Wie jedes Jahr wird auch heuer in der Juni-Sitzung des Gemeinderates der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke für das Vorjahr zur Genehmigung vorgelegt. Im Vergleich zum Jahr 1986, als durch die gesetzlich bedingte Abwertung der bei den E-Werken und Gaswerken bestehenden Heizöl- und Erdgasvorräte ein hoher Verlust entstand, fiel der Abgang 1987 deutlich geringer aus: Er betrug 68,5 Millionen Schilling. Während die Einstandspreise für die Wiener Stadtwerke eine Auf- und Abbewegung mitmachten, stiegen die Personal- und Instandhaltungskosten. Außerdem wurden 1987 sowohl der Strompreis als auch der Erdgaspreis reduziert. Stadtrat Johann HATZL berichtete am Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters über den Stadtwerke-Rechnungsabschluß 1987.

Steigender Energiebedarf

Während in den ersten drei Monaten des Jahres 1987 wegen der sehr niedrigen Temperaturen vor allem die Erdgasabgabe deutlich stieg, ging in der warmen zweiten Jahreshälfte diese Zunahme zurück, sodaß die Erdgasabgabe gegenüber dem Vorjahr insgesamt schließlich um 6,1 Prozent größer geworden ist. Obwohl der Strombedarf nicht so stark an die Außentemperaturen gebunden ist, gab es auch hier einen deutlichen Zuwachs von 5,1 Prozent. Aus der Kraft-Wärme-Kupplung im Kraftwerk Simmering konnten 1987 erstmals mehr als eine Million Megawattstunden Fernwärme an die Heizbetriebe Wien geliefert werden, die damit mehr als ein Drittel ihres gesamten Fernwärmebedarfes in Wien decken konnten.

Hohe Aufwendungen für Umweltschutz

Die Wiener E-Werke erreichten 1987 einen sehr hohen Wert an Ausgaben für den Umweltschutz, nämlich rund 490 Millionen Schilling. Seit Beginn des Umweltschutzprogrammes der E-Werke im Jahr 1980 wurden damit insgesamt bereits 1,6 Milliarden dafür ausgegeben. 1987 wurden in den kalorischen Kraftwerken bereits 83,4 Prozent umweltfreundliches Erdgas und nur mehr 16,6 Prozent schwefelarmes Heizöl eingesetzt.

Durch die Nachrüstung der Kraftwerke mit stickoxidarmen Brennern beziehungsweise mit Entstickungsanlagen konnten die Emissionen weiter drastisch gesenkt werden: Der SO_2 -Ausstoß verringerte sich von 26.000 Tonnen im Jahr 1980 auf 3.130 Tonnen im Jahr 1987 um 88 Prozent, die Stickstoffemissionen konnten seit 1985 von 6.000 auf 3.350 Tonnen im Jahr reduziert werden.

Die Versorgungssicherheit der Gaswerke konnte 1987 vor allem durch eine Erweiterung des Speichervolumens auf mehr als 620 Millionen Kubikmeter Erdgas erhöht werden.

Der Rechnungsabschluß 1987 enthält erstmals eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnete Pensionsrückstellung für die mit 31. Dezember 1987 aktiven Beamten der E-Werke und Gaswerke. Dies wurde durch einen Gemeinderatsbeschluß vom Dezember 1987 notwendig, in dem die seit 1970 bestehende „Pensionsentlastung“ geändert wurde. Damit war auch eine tiefgreifende Umstellung im Rechnungswesen der E-Werke und Gaswerke verbunden.

Wiener Stadtwerke als Wirtschaftsfaktor

Die Wiener Stadtwerke haben 1987 2.838,5 Millionen Schilling investiert, das bedeutet eine Steigerung um rund 30 Millionen gegenüber dem Vor-

jahr. Von diesen Investitionen gingen wichtige Impulse für die Wiener und die österreichische Wirtschaft aus, vor allem im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Andererseits wurden durch sie eine erhöhte Sicherheit bei der Versorgung Wiens und der Umlandgemeinden mit leitungsgebundener Energie und eine ständige Qualitätssteigerung des öffentlichen Nahverkehrs erreicht.

Wiener Verkehrsbetriebe

Die Verkehrsbetriebe konnten 1987 ihre Beförderungsleistungen erneut um knapp ein Prozent steigern. Die Zahl der Fahrgäste stieg auf rund 602 Millionen. Damit wurde erstmals wieder eine Beförderungsleistung wie in den ersten Nachkriegsjahren erreicht, als es in Wien praktisch keinen Individualverkehr gab. Einer der Gründe dafür ist das umfangreiche Angebot billiger Zeitkarten. So wurden von der „Umweltstreifenkarte“ rund 1,2 Millionen Stück verkauft, was fast zehn Millionen Tagesnetzkarten entspricht. Auch die Anzahl der Jahresnetzkarten ist wieder gestiegen. Die Beförderungserlöse betragen 1987 2.754 Millionen Schilling. Der Durchschnittserlös pro Beförderungsfall sank damit geringfügig auf 457,5 Groschen.

Für die Verkehrsbetriebe ergab sich 1987 ein Verlust von 183 Millionen Schilling. Ohne der Zuschüsse der Hoheitsverwaltung und stadtwerkinterner Ausbuchungen von Verbindlichkeiten hätte sich ein Betriebsverlust von 1.828 Millionen Schilling ergeben. Nur 87 Prozent der Personalaufwendungen konnten durch die Beförderungserlöse abgedeckt werden.

Die Personalaufwendungen betragen mit 3,25 Milliarden Schilling rund 53 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Die Beförderungserlöse der Verkehrsbetriebe werden stark durch die Gewährung von Sozialtarifen geschmälert, die daraus resultierenden Mindereinnahmen sind im internationalen Vergleich besonders hoch. Die Differenz zwischen den von den Wiener Verkehrsbetrieben angewendeten und den vom Verband öffentlicher Verkehrsbetriebe empfohlenen Sozialtarif-Rabattsätzen betrug 1987 mehr als 2,15 Milliarden Schilling. Die Verkehrsbetriebe investierten 1987 791 Millionen Schilling, davon entfielen auf die Gleiserneuerung rund 131 Millionen Schilling, auf den Ankauf von Straßenbahngarnituren und Autobussen zum Ersatz alter Modelle und für Linienausweitungen 375 Millionen Schilling. Die Errichtung einer Oberbauwerkstätte und eines Oberbaulagers in der Zentralwerkstätte Simmering kostete 41 Millionen Schilling.

E-Werke

Die bereitgestellte Strommenge betrug 1987 7.454 Gigawattstunden, das sind um 5,12 Prozent mehr als 1986. Am 13. Jänner 1987 wurde eine Leistungsspitze von 1.402 Megawatt erreicht, ein absoluter Rekord seit Bestehen des Unternehmens. Die Eigenaufbringung betrug 1987 einschließlich des Strombezugsrechtes vom Donaukraftwerk Greifenstein 47 Prozent des Strombedarfes, der Fremdstrombezug 53 Prozent. Der relativ hohe Fremdstromanteil ist auf Sonderangebote der Verbundgesellschaft für überschüssige hydraulisch aufgebraachte Energie zurückzuführen, die außerhalb des bestehenden Energielieferungsvertrages ausgenutzt werden konnten.

Die Beruhigung auf dem Primärenergiesektor ermöglichte mit 1. Februar 1987 eine Strompreissenkung von sechs Groschen pro Kilowattstunde als Vorgriff auf zu erwartende Einsparungen bei den Rohstoffkosten.

Die E-Werke weisen in ihrer Erfolgsrechnung einen Nettogehaltsgewinn von 273 Millionen Schilling aus.

Forts. von Blatt 1065

Forts. auf Blatt 1067

Die E-Werke investierten 1987 insgesamt 1.877 Millionen Schilling. Schwerpunkte dabei waren der Ausbau der Leitungs- und Ortsnetze mit fast 650 Millionen, der Ausbau des Gasturbinenkraftwerkes Leopoldau mit 305 Millionen, von Umspannwerken mit 257 Millionen, des Kraftwerkes Donaustadt mit 215 Millionen sowie des Kraftwerkes Simmering mit 132 Millionen. Um 157 Millionen Schilling wurden in der Haidestraße neue Betriebsgebäude errichtet.

Gaswerke

Die nutzbare Abgabe der Gaswerke an Tarifabnehmer betrug 702,4 Millionen Kubikmeter, um 6,1 Prozent mehr als im Vorjahr. An Sonderabnehmer wurden 197,5 Millionen Kubikmeter Erdgas abgegeben. 20.514 Heizgasanträge wurden genehmigt.

Der gesamte Erdgasbezug der Wiener Stadtwerke belief sich 1987 auf 1.584 Millionen Kubikmeter, wovon 91 Prozent aus der UdSSR, 8,6 Prozent aus dem Inland und der Rest aus der CSSR kamen. Die Gaswerke verbrauchten 903 Millionen Kubikmeter, die E-Werke 692 Millionen Kubikmeter.

Mit 1. Mai 1987 wurde der Gastarif um fünf Prozent gesenkt, ab 1. April 1988 konnte eine neuerliche Senkung um 2,7 Prozent vorgenommen werden. Damit wurde der Gaspreis in Wien seit 1986 bereits um insgesamt 30 Prozent gesenkt.

Die Gaswerke weisen 1987 einen Nettoverlust von 158 Millionen Schilling aus, was in etwa dem Vorjaheresergebnis entspricht. Die Gaswerke haben 321 Millionen Schilling für Investitionen ausgegeben, wobei der Hauptanteil auf dem Rohrnetzsektor lag. 1987 wurden 105 Kilometer Rohrleitungen ausgetauscht und 58 Kilometer neu verlegt. 1.034 Kilometer Rohrleitungen wurden durch den Gasspürdienst überprüft. Insgesamt wurden 1987 für das Rohrnetz 537 Millionen für Fremdleistungen ausgegeben, für Erhaltungsarbeiten 326 Millionen Schilling. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes betrug Ende 1987 3.011 Kilometer, im Laufe des Jahres 1987 war erstmals in der Geschichte des Gaswerkes die Marke von 3.000 Kilometern überschritten worden.

Auf Grund der Eichvorschriften mußten 1987 39.000 Gaszähler neu angeschafft werden, insgesamt gibt es im Versorgungsgebiet der Gaswerke mehr als 745.000 Gaszähler.

Städtische Bestattung

Die Städtische Bestattung führte 18.826 Erd- und Feuerbestattungen durch, um 484 weniger als im Vorjahr. Gegenüber 1977 ist ein Rückgang von bereits 12 Prozent festzustellen, der auf die steigende Lebenserwartung und die Verminderung der Einwohnerzahl von Wien zurückzuführen ist. 39.449 Säрге wurden 1987 hergestellt.

Das Wirtschaftsjahr 1987 wurde nahezu ausgeglichen abgeschlossen, der Verlust betrug 0,9 Millionen Schilling. 14,4 Millionen Schilling wurden investiert. Die Renovierung und Umgestaltung von Aufbahrungshallen wurde mit den Friedhöfen Atzgersdorf, Hütteldorf und Stammersdorf-Zentral fortgesetzt.

Personal

Ende 1987 waren bei den Wiener Stadtwerken insgesamt 15.561 Mitarbeiter beschäftigt, um 117 mehr als 1986. Dazu kamen noch 366 Lehrlinge, die bei den Wiener Stadtwerken in Ausbildung stehen. (Forts. mgl.)
roh/gal

Forts. von Blatt 1066

15 24 - neue Info-Nummer für Staatsbürgerschaftsnachweis

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Ein zusätzliches Service bietet die unter anderem für die Ausstellung der Staatsbürgerschaftsnachweise zuständige MA 61 ab 1. Juni: Die Telefon-Kurznummer 15 24. Da Wiener/innen, die einen Staatsbürgerschaftsnachweis benötigen, logischerweise immer wieder in der MA 61 anrufen und nach den benötigten Dokumenten fragen, dafür aber Wartezeiten am Telefon in Kauf nehmen müssen, wurden nun die neue Kurznummer 15 24 geschaffen. Über ein Tonband werden die Anrufer genau über die Beratungszeiten und die für die Ausstellung des Staatsbürgerschaftsnachweises notwendigen Dokumente informiert. Ein entsprechender Vorschlag zur Installierung dieses Tonbanddienstes war im Rahmen einer Ideenaktion gemacht worden; die neue Servicenummer 15 24 wird nun drei Monate hindurch getestet.

Über die Telefon Kurznummer 15 24 und das Tonband wird auf die Beratungszeiten der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle — Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr, am Donnerstag auch von 15.30 bis 17.30 Uhr — im Rathaus, Stiege 8, Parterre hingewiesen. Ebenso gibt es Informationen über die Dokumente, die für die Ausstellung des Staatsbürgerschaftsnachweises benötigt werden: gültiger Meldezettel, Geburtsurkunde (auch jene des Kindes, für das der Staatsbürgerschaftsnachweis beantragt wird), eventuell Heiratsurkunde und alter Staatsbürgerschaftsnachweis oder Heimatrollenauszug. (Schluß) hrs/bs

Wiener ÖVP begrüßt beabsichtigte Privatisierung der Holding

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL/WIRTSCHAFT) Die Wiener Volkspartei begrüßt die Absicht, Anteile der Wiener Holding an Banken zu verkaufen, und sieht darin einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung der bisher von ihr geforderten Privatisierung. Das erklärten am Dienstag ÖVP-Landesobmann Stadtrat Dr. Erhard BUSEK und Landespartei sekretär GR. Dr. Ferdinand MAIER in einem Pressegespräch. Der außerordentliche Erlös aus dem Verkauf sollte für die Stadterneuerung zweckgebunden werden. Den bisher genannten Verkaufserlös von 700 Millionen Schilling bezifferte Busek als zu niedrig.

Als weiteren Schritt der Privatisierung sprach sich die Wiener ÖVP für die Teilprivatisierung der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien aus. Außerdem, so Busek, sei auch eine Privatisierung im Spitalswesen anzustreben. Im Zusammenhang mit dem Betrieb des Neuen AKH sollte eine Spitalsholding unter Einbeziehung Privater, etwa von Versicherungsgesellschaften, gegründet werden. (Schluß) fk/bs

Donauinsel wurde gereinigt

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die Intensivreinigung der Donauinsel ist abgeschlossen. An der großen Reinigungsaktion beteiligten sich auch die MA 48 und die Unternehmer auf der Donauinsel. Als besonders hilfreich beim Großputz erwies sich der Inselstaubsauger. (Schluß) du/bs

Kinderfreibäder haben wieder offen

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Die 20 Wiener städtischen Kinderfreibäder sind ab sofort wieder von Montag bis Freitag, von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Die Kinderfreibäder stehen Kindern von 6 bis 15 Jahren zum Nulltarif zur Verfügung. (Schluß) du/bs

100 Tage Wiener Umweltstadtrat Dr. Häupl

Wien, 31.5. (RK-KOMMUNAL) Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL zog am Montag abend Bilanz über seine ersten Erfahrungen als Wiener Umweltstadtrat. Als sein Hauptanliegen bezeichnete Häupl das Problem der Abfallwirtschaft. In Wien fallen pro Jahr rund 600.000 Tonnen Hausmüll, zusätzlich Sondermüll, Gewerbemüll, Grünabfälle, Bauschutt etc. an. In der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig können rund 15 Prozent, in der Müllverbrennungsanlage Spittelau rund 36 Prozent — insgesamt also rund die Hälfte des Hausmülls — verbrannt werden. Der Rest gelangt beispielsweise auf die Deponie Rautenweg. Es ist daher unbedingt notwendig, sich neue Konzeptionen zur Abfallwirtschaft zu überlegen. Er sei zur Zeit mit der Überarbeitung des Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes beschäftigt, das u. a. auch die Problembereiche Abfallvermeidung, Recycling, Aufbau eines Altstoffmarktes beinhalten werde, führte Häupl aus. Zweifellos stehe für ihn die Abfallvermeidung an erster Stelle. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt führe kein Weg an der Müllverbrennung vorbei, weil der Müllanfall noch derartig hoch sei. Die getrennte Müllsammlung und die Biotonne seien Beispiele dafür, daß man bestrebt sei, den Weg der Abfallvermeidung einzuschlagen. Sein Wunsch sei auch, daß das Deponiematerial in Zukunft möglichst wenig und inert sein sollte.

Einen erheblichen Teil des Mülls mache das Verpackungsmaterial aus. Er könne sich die Einführung eines Pfandsystems im Rahmen eines Bundesgesetzes, das auch Produktverbote enthalten sollte, durchaus vorstellen, erklärte Häupl weiter. Dies würde zweifellos zu Schwierigkeiten mit der Wirtschaft führen, wie es sich ja bereits bei der Einführung der Flaschenmilch gezeigt habe. Grundsätzlich sei ein Bundesabfallbewirtschaftungsgesetz unbedingt notwendig.

Luftreinhaltung

Auch ein effizientes Luftreinhaltegesetz sei dringend erforderlich, führte Häupl weiter aus. Die Hauptschadstoffemittenten seien zur Zeit Gewerbebetriebe, Hausbrand und vor allem die Kraftfahrzeuge. Er könne sich eine gesetzliche Verschreibung des Nachrüst-Kats vorstellen, während er die zur Zeit diskutierten Förderungen für nicht so sinnvoll halte. In Wien könnten ungefähr 150.000 Autos nachgerüstet werden.

EBS

Die EBS gehöre zwar nicht in sein Ressort, aber er fühle sich trotzdem für die diesbezüglichen Umweltbelange verantwortlich, stellte Häupl fest. Die Rauchgasreinigung funktioniere sehr gut. Er sei skeptisch, ob ein dritter Wirbelschichtofen für den Spitalsmüll erforderlich sei. Grundsätzlich meine er, daß die EBS von der Bevölkerung nur dann endgültig akzeptiert werde, wenn man die Geruchsbelästigung restlos beseitigen könnte.

Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit Niederösterreich auf dem Umweltsektor funktioniere sehr gut, betonte Häupl. Mit Frau Bundesminister Dr. Flemming habe er gemeinsame Interessen, z. B. Wasserwirtschafts- und Umweltfonds. Mit den diversen Bürgerinitiativen führe er laufend Gespräche. Manche ihrer Forderungen, z. B. das Zusperrn aller Entsorgungseinrichtungen, würden allerdings zu einem Zusammenbruch der Entsorgung führen. (Schluß) du/gg